

## Inhalt

- Wer darf an die Macht?
- Hurricane in New Orleans
- Wie gehen geschichtswissenschaftliche Erklärungen?
- Das Programm der Linkspartei

## Eine Wahl, ein Ergebnis, aber noch keine Regierung:

### Wer darf an die Macht?

Seit dem offenen Ausgang der Wahl am 18. September interessiert die Republik nur noch eine Frage: Welche Figuren haben in welchem Zweckbündnis die nächsten vier Jahre das Sagen? Die sogenannten „gravierenden inhaltlichen Unterschiede“, die die konkurrierenden Parteien bis kurz vor dem Urnengang bemühten, um den Wählern zu betören, dass er bei ihnen und nicht bei den Konkurrenten ein Kreuzchen machen sollte, sind Geschwätz von gestern.

Bis zum Wahltag fanden sich in der Presse neben ergreifenden Politikerporträts auch noch Darstellungen der Unterschiede zwischen den Parteiprogrammen. Die von den TV-Anstalten vorgeladenen Politiker versuchten, ihre wertvollen Persönlichkeiten durch überragende Kompetenz und beinharte Prinzipientreue nebst Standfestigkeit in Sachfragen zu profilieren. Ob es mit Deutschland durch die Ab- oder durch die Wiederwahl der Schröder-Fischer-Regierung aufwärts gehe, ob Deutschland den „Wechsel“ brauche oder die Fortführung der Agenda 2010 durch den amtierenden Kanzler, darüber wurde mit Eifer und dem berufsspezifischen Geifer heftig gestritten.

Seit dem Patt darf es auf soeben noch „völlig unvereinbare Positionen in politischen Grundsatzen“ gerade nicht mehr ankommen. War die Kanzlerpartei SPD für die CDU eben noch schuld an Stagnation und Nullwachstum, so stört sie seit dem Abend des 18. September an dieser Partei vor allem, dass sie Schröders Anspruch auf Verbleib im Kanzleramt unterstützt. Führen die Sozialdemokraten gegen die C-Parteien bis zum letzten Sonntag noch schwerste moralische Geschütze auf, etwa dass sie Reformen ohne jeden sozialen Ausgleich anstreben und dass die Bundeswehr – hätten sie während des Irakkriegs die Regierung geführt – heute zusammen mit dem „Abenteurer“ Bush im Irak stünde, so entdeckte Münzfering ein halbes Jahrhundert seit dem ersten Einzug der CDU/CSU in den deutschen Bundestag auf einmal nur noch, dass die Merkel/Stoiber-Truppe bloß auf Grund der Fraktionsgemeinschaft die stärkste Seilschaft im Bundestag stellt und sich doch daraus kein Anspruch auf eine christdemokratische Frau als Kanzlerin ableiten lasse. Ansonsten können sich Christ- und Sozialdemokraten – die Plakate mit der Behauptung, am 18. September stehe Deutschland vor einer Richtungswahl, sind noch nicht abgehängt



Der Deutschen liebste(r) Kanzler/in

– locker vorstellen, in den nächsten 4 Jahren höchst erfolgreich für Deutschland gemeinsam zu regieren.

Dass Investoren laut CDU-Wahlwerbung wegen der grünen „Technologieverweigerungspolitik“ einen Bogen um Deutschland machten, ist vergessen, seit das Wahlergebnis für das schwarz-gelbe Bündnis nicht zur Regierungsmehrheit reicht. Immer mehr Christdemokraten konnten sich angesichts der zur Regierungsfähigkeit fehlenden Mehrheit auch eine Jamaika-Koalition unter Einschluss der Grünen vorstellen. Diese „Sondierungsgespräche“ musste Angela Merkel – leicht widerwillig – allerdings abbrechen, da die CSU ihr Veto einlegte: Immerhin war ein Gutteil bayrisch-christlicher Identität dadurch gestiftet worden, dass man mit besonderer

Inbrunst auf den Grünen herumhackte – und wie sollte man der „Basis“, die doch gerade um fast 10 Prozentpunkte abgebröckelt war, einen solchen Schwenk begreiflich machen? Der Machteroberung in Berlin durch eine Jamaika-Koalition stand ein drohender Machtverlust der CSU in Bayern gegenüber, und den wollte sie nicht riskieren. Bezeichnend die Reaktion von Renate Künast – auf Nachfrage von Sabine Christiansen am 25. September – auf den Abbruch der Gespräche: Über künftige Koalitionen unterhalb von „Berlin“ sei damit noch keinesfalls das letzte Wort gesprochen...

Die FDP, die nach der Wahl tut, was sie vor der Wahl versprochen hat, nämlich nicht für eine Ampel-Koalition unter Führung Schröders zur Verfügung zu stehen, macht gar nicht erst den Versuch, dies programmatisch zu begründen. Sie ist das Festhalten an ihrer Koalitionsaussage ihrer „Glaubwürdigkeit“ schuldig. Sie will nicht schon wieder – wie schon so oft in ihrer Koalitionsgeschichte – „umfallen“ und gibt damit zu erkennen, dass für sie dann alle Differenzen zu den Grünen, die sie im Wahlkampf als unüberbrückbar herausgestellt hatte, durchaus überbrückbar würden, wenn der bisherige Koalitionspartner Schröders die Fronten wechselte und den Schwarz-Gelben zur Mehrheit verhülfe.

Das Problem, das nun dem Volk auf den Nägeln brennen soll, heißt: Bekommt diese große Nation möglichst bald die starke Regierung, die sie braucht und verdient? Denn unter demokratischen Verhältnissen werden alle gesellschaftlichen Bedürfnisse und Nöte, Verbesserungswünsche und Interessenkollisionsen in die personenbezogene Machtfrage übergeführt. Das ist ja gerade die entscheidende Leistung dieses so vorbildlich effektiven Herrschaftssystems: Es schreibt jeder Sorte Unzufriedenheit im Bürgervolk und jedem politischen Begehren, auch jeder Kritik an der Staatsmacht und an ihrer amtlichen Betätigung als ihren eigentlichen, politisch einzig reellen Inhalt den Wunsch nach uneingeschränkt machtvoller Führung zu. Diese Unterstellung wird praktisch dadurch wahr gemacht, dass sie dem regierten „Souverän“ eine Auswahl zwischen mehreren – der Einfachheit und Übersichtlichkeit halber in stabilen Demokratien meist zwei – kongenialen Führungsalternativen zumutet. In die entsprechenden Abwägungen und vergleichenden Einschätzungen sollen mitdenkende Bürger ihre sämtlichen gesellschaftsbezogenen Bedürfnisse und ihren gesamten politischen Scharfsinn einmünden lassen – mehr als die Entscheidung zwischen den gegebenen Alternativen kommt ja ohnehin nicht heraus, also brauchen sie sich auch gar keine anderen Gedanken zu machen als den, wen sie ermächtigen sollen. Das dürfen sie dann als ihre große Freiheit begreifen und genießen. Mit ihrem Wahlkreuz haben sie sich ein Recht auf eine gediegene Führung erworben, die von den gewählten Parteien jetzt gefälligst hergestellt werden soll. Nach der Wahl wie vor der Wahl treibt mündige Demokraten die Sorge um, ob sie erstens anständig und zweitens vom besten zur Verfügung stehenden Führungspersonal beherrscht werden. Darin wird das Volk der Stimmbürger von der demokratischen Presse, deren Beruf schließlich die Bildung der Volksmeinung ist, die sie interpretiert, mit dem passenden Anschauungsmaterial und den zwei bis drei nötigen Argumenten versorgt. Alle fortlaufend zitierten dramatischen Problemlagen des einfachen Volkes, von Hartz IV bis zu den Benzinpreisen werden dem Bedürfnis der politischen Führung nach uneingeschränkter Richtlinienkompetenz zu- und untergeordnet. Jedes Urteil über die politische Macht und deren Gebrauch orientiert sich an so Kategorien wie „Stärke“ und „Schwäche“, also an immanenten Qualitätsmerkmalen und Erfolgskriterien der Herrschaft, am Ideal durchgreifender

## Spätestens nach der vorgezogenen Bundestagswahl liegt auf der Hand: Was die freie Wahl leistet.

Der Bundeskanzler hat nach der verlorenen Wahl in NRW beschlossen, dass er mit der für die SPD ruinösen Unzufriedenheit der Regierten – sämtliche Landtagswahlen verloren und die Umfragewerte im Keller - nicht länger leben will. Er würde seine Politik der Modernisierung Deutschlands, d.h. seine Politik der Verbilligung und Verarmung der arbeitenden Mehrheit zugunsten von Wachstum und Gewinn des Kapitals schon gerne fortsetzen, aber nicht unter dem allgemeinen, seine Macht schwächenden Gemecker der Bürger. Der Lenker des Staates zitiert sein angesäuertes Volk also an die Urnen und das heißt: Er ruft es zur Verantwortung. Es soll sich gefälligst entscheiden, von wem es regiert werden will: von der Kandidatin der Opposition, die bei antisozialen Reformen noch mehr Radikalität verspricht, oder von dem bewährten Führer des Landes, der alles, was er den Leuten zumutet, als Wahrung der sozialen Balance verkauft. Die Fortsetzung der Politik, die sie nicht mögen, bekommen die Bürger sowieso. Wer immer gewinnt und in welcher Konstellation immer dann regiert wird: Die neue Regierung wird sich eine neue Legitimation vom Volk beschafft und die verbreitete Unzufriedenheit ins Unrecht gesetzt haben. Die Frustrierten, das stellt die Wahl klar, sind automatisch in der Minderheit; auf sie muss niemand hören, schon gar nicht der Mann oder die Frau an der Spitze. Das Totmachen der Unzufriedenheit und die Ermächtigung zu neuer Rücksichtslosigkeit leistet die heilige Institution der freien Wahl auf jeden Fall. Die Wähler können da gar nichts falsch machen. Stattdessen machen sie eine ganze Menge richtig: Als Wähler korrigieren die unzufriedenen Staatsbürger nämlich *sich*.

### Vortrag mit Diskussion

Referent: Wolfgang Rössler,

Dienstag, 25. Oktober 2005, 19 Uhr

Uni Tübingen, Neue Aula HS 2, Wilhelmstr. 7

Führung und widerspruchsloser Gefolgschaft. Es grassiert das Modewort von den „Schnittmengen“. Damit wird einerseits angespielt auf die zuvor so wichtigen „unvereinbaren inhaltlichen Standpunkte“; die Besonderheit einer jeden Partei soll betont werden. Andererseits spricht es aber auch das dringliche Bedürfnis aus, wegen der unbedingten Notwendigkeit einer starken Führung für Deutschland, die parteieigenen „Standpunkte“ kräftig zu relativieren. Nachdem diese „Standpunkte“ – diesmal mit unbefriedigendem Ergebnis – ihren Wahlkampfdienst getan haben, ist das auch nicht so schwer, und alle loten – so tief es geht und unter Berufung auf den „Grundkonsens der demokratischen Parteien“ – ihre „Schnittmengen“ aus. Das geschieht freilich nur in Hinblick auf die entscheidende Frage und nur dafür, sie zu eigenen Gunsten zu entscheiden, nämlich wie viel eigenes Personal man beim Hergeben von „Mengen“ durchdrückt, wie viel eigener Führungsanspruch sich damit durchsetzen lässt. So ist es dann auch kein Wunder, dass die Parteien dazu bereit sind, sich die Macht in einer großen Koalition zu teilen, von der man übereinstimmend wenig hält, weshalb man vor der Wahl das Wahlvolk beschworen hat, es nicht zu einer solchen Koalition kommen zu lassen, die nur zu „Lähmung“ und weiterer „Stagnation“ führen könne. Angesichts eines – vom Standpunkt der großen Volksparteien aus – bescheuerten Wahlergebnisses geht eine machtvolle Regierung anders nun mal nicht zu machen, also ist nicht mehr von „Lähmung“ die Rede, sondern von einer „Konzentration der Kräfte“, um die „notwendigen Reformen“ zu schultern.

Und die Wähler, die angeblich mit ihrem Stimmzettel ihrer Unzufriedenheit sowohl mit der Schröder-Regierung als auch mit der Merkel-Alternative ein „Ventil“ verschaffen wollten, verfolgen interessiert und hoch motiviert das allenthalben als „Gerangel um die Macht“ beschriebene Treiben. Offensichtlich können demokratisch gereifte Bürger Kritik an ihrer Herrschaft tatsächlich nicht anders üben, ihre wie auch immer motivierte Ablehnung ihrer

Fortsetzung Seite 2, Spalte 1

## FF Wahl.. S. 1

Machthaber in keiner anderen Weise ausdrücken, als in der Weise, dass sie sich in die Konkurrenz der Parteien um die Macht im Staat verstricken lassen und für die eine oder andere Seite, für eine neue Herrschaft oder doch noch einmal für die alte, eine Ermächtigung ausstellen – sie können nicht anders, weil ihnen als Wählern von Rechts wegen gar kein anderes Mittel zu Gebote steht; und als gereifte Demokraten kennen sie auch gar keine andere Weise, über Herrschaft zu urteilen.

Die Öffentlichkeitsarbeiter, die bis zum 18. September alles dafür getan hatten, die Wähler für oder gegen das eine oder das andere Parteienbündnis zu mobilisieren, geben sich seit dem 19. September abgeklärt: Den Schröders, Merckels, Fischers, Westerwelles und Konsorten geht es bei allen Beschwörungen von Grund- und Gegensätzen um eines: um ihre Beteiligung an der Macht. Aber gerade weil es um die Macht in dieser Republik geht, geht es für sie eben nicht um jede beliebige und daher nicht mit jedem. Das sieht man schon allein daran, dass die bisherige Koalition aus SPD und den Grünen leicht an der Macht bleiben könnte, wenn sie sich von der Linkspartei unterstützen ließe. Doch genau das hat die SPD nicht nur vor der Wahl kategorisch ausgeschlossen, sie ist sich auch danach mit den Grünen einig, mit der Linkspartei noch nicht einmal zu sprechen. Konzessionen an Kritiker der Agenda 2010 – wie windelweich diese Kritik auch immer sei

– kommen nicht in Frage; schon „unverbindliche Sondierungsgespräche“ wären ein Signal dafür, dass deren Kritik irgendwo berechtigt sein könnte.

Wenn alle im Wahlkampf aufgeblasenen Unterschiede zwischen Rot und Schwarz jetzt keine „unüberwindlichen“ Hindernisse für eine große Koalition bilden, wenn sich beide Parteien „ihrer Verantwortung bewusst“ sind, dann hat das seinen handfesten Grund im harten Kern dieser „Verantwortung“: Schwarze und Sozis waren und sind sich – „Richtungswahl“ hin oder her – über die Generallinie einig. Was Rot-grün mit der „Reform“-Agenda 2010 begonnen hat, muss fortgesetzt werden: Der Kapitalstandort Deutschland muss gesichert werden, und dafür muss der Preis der proletarischen Arbeitskraft radikal gesenkt und beim Sozialstaat drastisch gestrichen werden.

Die Volksparteien werden deshalb die Personalentscheidungen bei der Machtfrage schon geregelt kriegen. Auf eine Frau Bundeskanzler haben sich CDU und SPD jedenfalls schon mal geeinigt und auf die Verteilung der Ministersessel auch, da steht der großen Koalition doch kaum mehr etwas im Wege. Deutschland wird auf jeden Fall auch in den nächsten vier Jahren von dazu am 18. September ermächtigten professionellen Machtmenschen regiert und „reformiert“ werden.

GEGENSTANDPUNKT – KEIN KOMMENTAR! im Freien Radio für Stuttgart vom 28. September 2005

immer wieder eingeforderten Zurückführung der „Staatsquote“ auf das Notwendigste, damit die Unternehmen des freien Marktes weniger Steuern zahlen müssen und demzufolge mehr investieren, wurden im letzten Jahr die Gelder des für Deichsicherheit zuständigen Ingenieurkorps von New Orleans um 44% gekürzt und die nach dem letzten katastrophalen Hurrikan gemachten Pläne einer Aufstockung der Deiche endgültig aufgegeben. Ferner erlaubten die zuständigen Behörden die Trockenlegung von Teilen des Stausseesystems entlang der Küste des Golfs von Mexiko, um Neuland für Investitionen in Immobilien zu schaffen. Diese Anlagen dienten bis dahin als Auffangbecken für Sturmfluten aus dem offenen Meer und sollten Überschwemmungen bewohnter Gebiete verhindern. Gemäß den Gesetzen der freien Marktwirtschaft ermöglichte es der Staat Unternehmern und Spekulanten ihrem privaten Interesse nach Gewinn weitgehend rücksichtslos gegen mögliche negative Auswirkungen auf die Natur nachzugehen. Und gemäß den Gepflogenheiten demokratischer Politwerbung, in der allein der Erfolg zählt und nicht die Wahrheit, behauptete Bush beim Überfliegen des Überschwemmungsgebiets der Nation live im Fernsehen ebenso dreist wie wahrheitswidrig, dass niemand eine „Katastrophe in diesem Ausmaß“ habe vorhersehen können.

In den ersten Tagen nach dem Deichbruch hielt sich die Bush-Administration auch bei der Hilfe für die Opfer noch strikt an die Regeln der freien Marktwirtschaft. Deren Verfechter fordern nämlich, dass die Hilfe für die weniger Erfolgreichen in diesem System nicht hauptsächlich vom Staat kommen soll, weil das die „Eigeninitiative“ lähme. In besonders tragischen Fällen ist dann vor allem die Privatinitiative der nicht betroffenen Staatsbürger zum Spenden verlangt. An Spendenauffufen hat es denn auch nicht gefehlt, nationalbewegte und menschlich gerührte Spender füllten die Konten, ohne auf die Idee zu kommen zu fragen, warum sich in God's own freier Marktwirtschaft derlei *Naturkatastrophen* für die von ihr Getroffenen immer zu ganz anderen Katastrophen auswachsen.

Als sich nach 3 Tagen eine Hunger- und Seuchenkatastrophe nach der Flutkatastrophe abzeichnete, weil immer noch keine Hilfe in New Orleans eingetroffen war, kam allerdings bei der freien Presse Unmut auf: Zuallererst bei der amerikanischen, die „Zustände wie in einem Drittweltland“ als unwürdig anprangerte – der besten aller Wirtschaftsweisen einerseits und ihrer weltpolitischen Führungsmacht Amerika im besonderen; gleichzeitig aber auch bei der internationalen, die die Gelegenheit nutzte, den USA reinzureiben, dass sie als alleiniger Weltpolitist doch wohl über ihre Verhältnisse agierten, wenn sie „zu Hause“ nicht mal mit den Folgen eines Wirbelsturms umgehen könnten. Die amerikanische Regierung registrierte Imageverlust und entschloss sich zum Handeln. Gemäß dem marktwirtschaftlichen Grundgesetz, dass der Schutz des Eigentums an erster Stelle bei allem staatlichen Handeln zu stehen hat, kamen noch vor Nahrungsmitteln, Medikamenten und Bekleidung die Nationalgarde und Kampfeinheiten der Armee in die Stadt, um für das Wichtigste im bürgerlichen Leben zu sorgen: Ruhe und Ordnung, auf amerikanisch *law & order!* Weniger wichtig war demgegenüber erst mal das Wohlergehen der verbliebenen und im Superdome versammelten Bewohner. Die saßen noch tagelang ohne Trinkwasser, Lebensmittel und sanitäre Anlagen im Stadion fest und versuchten – nicht alle erfolgreich – das

zu überleben. Der städtische Bürgermeister rief lautstark nach Bussen für die Evakuierung, ohne dass sich eine zuständige Instanz gefunden hätte, die das organisieren wollte. In einem Land, dessen Politik sich der Förderung privat initiiert Kapitalvermehrung verschrieben hat, gibt es eine Instanz, die planvoll und effektiv die Versorgung der Menschen in Normal- und Notzeiten organisiert gar nicht, und deshalb dafür auch keine Mittel. Und als die ersten Busse eintrafen, tat man erst einmal das, was man in US-Großstädten mit Obdachlosen schon lange tut: man verfrachtete sie an eine – trockene – Straßenkreuzung und beließ sie da. Dass es da etwas zu trocken war und ein paar Leute verdursteten, ist in einem Land, wo jeder seines Glückes Schmied ist eben deren Problem. Keine Woche später waren dann Fahrzeuge vor Ort, der Umzug ins nächste Footballstadion fand statt und das wars dann. Von dort wieder wegzukommen, womit und wohin, dafür hat nun jeder Hungerleider – wenn er Glück hat mit mildtätiger Unterstützung privater Hilfsorganisationen – selbst zu sorgen.

Für die Gazetten ist das weitere Schicksal der Obdachlosen kein Thema mehr. Während in den Wirtschaftsteilen die Frage im Vordergrund steht, wie sich Katrina marktwirtschaftlich auswirken wird – „Einbruch“ bei der Konjunktur oder „Wachstumsschub“ durch Wiederaufbau – werden in den vorderen Seiten die üblichen Fragen nach der „politischen Verantwortung“ breitgetreten. Das Hochwassermanagement der Bush-Regierung kriegt schlechte Noten: der Präsident war viel zu lange im Urlaub, nicht rechtzeitig und ausreichend vor Ort; die Armee kam viel zu spät und nicht zahlreich genug, vielleicht weil die Regierung Schwarze nicht leiden kann, vielleicht aber auch, weil sich zu viele Soldaten im Ausland befinden ... Da trifft es sich nicht ungünstig, dass kurz danach und daneben der nächste Wirbelsturm namens Rita der Regierung Gelegenheit gibt der angemahnten Verantwortung gerecht zu werden. Diesmal sind Soldaten, Busse und der Präsident im voraus an der texanischen Küste – und werden gar nicht gebraucht, weil diesmal kein Armenviertel überschwemmt wird. Dennoch gute Presse für Bush und seine Mannen. Man bescheinigt ihnen wohlgefällig, dass sie aus Katrina ihre „Lehren gezogen“ und die Verantwortung bewiesen hätten, die sie zu obersten Machthabern des Landes qualifiziert.

Damit, danach und daneben geht das wirtschaftliche Leben weiter, wie gewohnt. Die vom Sturm Getroffenen sammeln ihr Eigentum zusammen und versuchen, mit den verbliebenen Resten zu überleben, Immobilienfirmen verdienen sich am Geschäft mit trockenen oder billig erworbenen Überschwemmungsgrundstücken eine goldene Nase, die Ölindustrie macht Gewinne mit wegen der – erwarteten – Ölverknappung rasant steigenden Öl- und Benzinpreisen, die Regierung fördert den nationalen Wirtschaftserfolg und Natur und Bevölkerung dienen als Mittel und Material dafür. Die *systemimmanente* Gleichgültigkeit des Geschäfts und der Staatsgewalt gegen die ziemlich berechenbaren Auswirkungen der Tsunamis und Hurricanes auf das menschliche Inventar der Marktwirtschaft wird fortgesetzt und bei nächster Gelegenheit wieder für massenhaft Opfer sorgen. Und wieder wird behauptet werden, dass man das nicht habe wissen können. „Business as usual“ eben!

© GegenStandpunkt Verlag 2005

## Hurricane in New Orleans Die Armen saufen ab – das passt zur freien Marktwirtschaft

Ohne die freie Marktwirtschaft hätte sich eine Orkan der Stärke 5 zwar nicht verhindern lassen, aber nur *mit ihr* konnte es zu diesem Ausmaß von Tod und Zerstörung an der US-Südküste kommen. Die zuständigen staatlichen Organe hatten nämlich ziemlich früh Informationen darüber, dass sich ein Hurrikan der Windstärke 5 auf die Küste von Louisiana zu bewegte. Und wie reagierten sie darauf? Als überzeugte Demokraten und Fans der zu diesem Herrschaftssystem passenden Wirtschaftsordnung setzten sie voll auf das dort wie hier gültige Prinzip, dass jeder mit den Mitteln, die ihm zu eigen sind, – und nur mit diesen – zu schauen hat, wo er bleibt. Dementsprechend gingen sie mit der Bevölkerung von New Orleans um.

Sie forderten alle Einwohner zur Evakuierung ihrer Stadt auf und gingen ganz selbstverständlich davon aus, dass jeder seine Flucht privat und gemäß seinen Eigentumsverhältnissen in Sachen Geld und Transportmittel zu organisieren hat. Es ist ja gerade die Schönheit dieses Wirtschaftssystems, dass jedes Individuum privat und ungehindert durch staatliche Planung für sich sorgen darf und dass daraus das Bestmögliche für die Gesellschaft resultieren soll. Also gab es in Louisiana keine „kollektivistische“ oder gar „staatlich reglementierte“ Evakuierung, wie das letztes Jahr und dieses Jahr wieder vom „Zwangsregime“ des Fidel Castro an 1,3 Mio. armen Kubanern durchgezogen worden ist, weswegen die dortigen Hurricanes meist keine Toten und damit auch kaum Aufsehen in der freien Presse verursachen. In einer freien Marktwirtschaft kommt so etwas nicht vor. Da vermutete man schon am Tag nach dem Durchzug Katrinas, dass womöglich Hunderte von in der Stadt verbliebenen amerikanischen Bürgern ums Leben gekommen seien. Zwei Tage nach dem Orkan stellte man fest, dass offensichtlich über 100.000 Leute trotz des Evakuationsaufrufs noch in der Stadt waren. Eigenartigerweise waren fast ausschließlich arme Leute – darunter mehrheitlich schwarze Amerikaner – in ihren Häusern geblieben oder hatten das Footballstadion aufgesucht, um sich vor dem Orkan zu schützen. Sie hatten, so meldet die freie Presse ungeniert, zu wenig Geld und deshalb keine geeigneten Transportmittel. Und sie schreckten vor der Perspektive zurück, ohne Geld und ohne alles Überlebensnotwendige ihre Behausungen zu verlassen. Wohin sollten sie sich denn flüchten ohne ausreichende Zahlungsmittel, ohne die

man in der freien Marktwirtschaft auch ohne Starkwind ziemlich aufgeschmissen ist. Es ist nur systemimmanent, dass Habenichtse, die es in der freien Marktwirtschaft zu nichts bringen, auch bei Naturkatastrophen die Arschkarte ziehen! Diese „beste“ aller Wirtschaftsformen bringt solche Habenichtse in großer Anzahl hervor und macht gleichzeitig jede Lebensnotwenigkeit vom Besitz von Geld abhängig. Deshalb besteht das Leben eines Großteils der Bevölkerung aus harter Arbeit, wenig Geld und einem permanenten Überlebenskampf nicht nur bei Überschwemmungsgefahr. Sogar der „Süddeutschen Zeitung“ fällt jetzt in ihrem Wirtschaftsteil, wo ansonsten immer von den weltweit überlegenen Wachstumszahlen des US-Kapitals die Rede ist, auf, dass „die Zahl der Armen in den USA im vierten Jahr in Folge gestiegen ist – auf 37 Mio. Menschen“ und dass gerade in New Orleans ein Fünftel der Bevölkerung weniger als 10.000 \$ im Jahr verdient. Kein Wunder, dass in den 27.000 Familien, die *offiziell* unter der amtlich festgesetzten „Armutsgrenze“ leben müssen, viele kein Geld und/oder kein Auto hatten, um rechtzeitig zu flüchten. In der freien Marktwirtschaft bedienen die zahlreich vorhandenen Produkte von Ford, GM und Chrysler eben nicht den Bedarf nach Fluchtfahrzeugen aus Katastrophengebieten, sondern ausschließlich *zahlungsfähige* Bedürfnisse! Und Zahlungsfähigkeit ist das Letzte, worüber der arme Bevölkerungsanteil in New Orleans verfügt. Wenn die Bewohner der Armenviertel vor dem Sturm überhaupt über Arbeitsplätze verfügten, dann über welche für wenig Lohn bei viel Dreckarbeit im Dienstleistungsgewerbe, im Tourismus und der umliegenden Landwirtschaft. Die Lebensnotwendigkeiten des *American Way of Life* verlangen von solchen Leuten oftmals gleich mehrere Billigjobs auf einmal, also Müllabfuhr am Morgen und Hamburger einwickeln in der „Freizeit“. Zudem hat die Bush-Regierung zwecks Förderung des freien Marktes zügig jede Menge Sozialleistungen gekürzt oder gestrichen und dafür die Gebühren für Dienstleistungen kräftig angehoben, weil es den Markt stärkt – sprich: neue Profitgelegenheiten für Kapitalanleger schafft –, wenn selbst die Krankenhäuser dem Rentabilitätsprinzip unterworfen werden.

Und von noch einer anderen Seite deckte Katrina eine schönes Stück freier Marktwirtschaft auf: Wegen der von ihren Apologeten

## Wie gehen geschichtswissenschaftliche Erklärungen?

### Lauter Hintergründe, warum es so kommen musste

1. Der Historiker beschwört die Bedeutsamkeit der Vergangenheit: Das begründet sein Fach! „Vergangen, vergessen, vorüber“: diese gelungene Alliteration aus dem Schatzkästlein traditionellen deutschen Liedgutes mag ein Historiker gar nicht leiden. Er sieht die Sache bekanntlich genau andersherum: Alles, was vergangen und vorüber ist, interessiert ihn bren-

nend, damit es auch ja nicht in Vergessenheit gerate! Fragt sich nur, was da nicht in Vergessenheit geraten soll? Die Vergangenheit: das ist alles, was einmal war. Das wissenschaftliche Interesse gilt demnach gar keinem bestimmten Gegenstand; vielmehr kürt ein höchst

Fortsetzung Seite 3, Spalte 1

## FF Geschichtswissenschaft.. S. 2

äußerlicher Gesichtspunkt, nämlich der, dass (irgend)etwas vorbei ist, die diversesten Sachen zum Objekt dieser Forschungsdisziplin: Hauptsache -- und darin sind sie eins --, sie liegen ein kleineres oder größeres Stück vor dem Heute. Die Dreifelderwirtschaft und die kapitalistische Industrialisierung, die Kultur der Merowinger und der Barbaren, die Überschreitung des Rubikon und der 2. Weltkrieg, der Islam im 17. Jhd. und die Kreuzzüge, Karl der Kahle und Iwan der Schreckliche, Sklaven und Lohnarbeiter, auch alte Handschriften, Wappen, Münzen und Siegel (weshalb so erlesene Hilfswissenschaften wie Paläographie, Heraldik, Numismatik und Sphragistik sich zum festen Bestandteil eines Geschichtsstudiums zählen dürfen) -- all das und noch viel mehr ist Gegenstand der Geschichtswissenschaft: ein Gegenstand, der keinen anderen Zusammenhang hat, als den eines Neben- bzw. Nacheinanders in der Zeit! Als abseitiges Orchideenfach, das alte facts, Scherben und Bräuche ausbuddelt, die bestenfalls für Kreuzworträtseln, Quizzkandidaten und andere Hobby-Byzantinisten interessant wären, will die Geschichtswissenschaft gleichwohl nicht gelten. Vielmehr soll die akribische Kenntnisnahme der Geschichte einen nicht zu knappen Erkenntniswert haben! Diese Überzeugung lebt von der Behauptung, dass Vergangenheit keineswegs etwas nicht mehr Gültiges ist -- dann wäre es in der Tat reines Hobby (so ähnlich wie Briefmarkensammeln), im Staub der Geschichte herumzuturnen! --, sondern höchste Bedeutsamkeit besitze: für „den Menschen“, damit er keine „geschichtslosen Generationen“ hervorbringe, für das Heute, um aus dem Gestern vielleicht Lehren zu ziehen. (Zur plakativen Unterstreichung dieser Bedeutung schreiben Historiker dann Bücher mit so unmittelbar einleuchtenden Titeln wie „Blick zurück in die Zukunft“ oder „Die Aktualität des Mittelalters“...)

2. Den Begriff einer Sache pflegt ein Historiker stets mit ihrer Herkunft zu verwechseln: Das ist sein Beruf! Das Grund-, Haupt- und Oberdogma für alle Grund-, Haupt- und Oberseminare im Fach Geschichte steht damit fest: „Die Dinge sind geschichtlich bedingt. Sie sind an ihre Zeit gebunden. Wenn man darum die Gegenwart begreifen will, muss man sie aus ihrer Herkunft begreifen.“ (Nipperdey, für alle). Zwischen dem, was eine Sache ist, und dem, woher sie kommt, will ein geschichtsbeflissener Begreifer ganz offensichtlich nicht unterscheiden: den Begriff des Entstandenen setzt er kurzerhand in eins mit dessen Entstehen. Nicht, dass ein Historiker keine „Was“-Fragen mehr stellen würde, aber er beantwortet sie in sehr eigentümlicher Form. Zum Beispiel so: „Der 1. Weltkrieg ist tief in den Traditionen des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts verwurzelt“ - oder so: „In diesem Sinne ist Auschwitz eine Reaktion auf den Archipel Gulag. Hier ist die tiefste Wurzel von Hitlers extremsten Handlungsimpulsen zu suchen“. Was weiß man über den 1. Weltkrieg, wenn man weiß, dass er angeblich lange Wurzeln hatte; was weiß man über Hitlers Ausmerzungsaktion gegen die Juden, wenn man diese als angebliche Kopie einer anderswo vorausgegangenen „asiatischen Tat“ betrachtet? Nichts -- außer eben, dass diese Ereignisse Folgen von etwas anderem (allerdings ebenfalls unerklärten Gegebenheiten) darstellen sollen. Die Frage nach den Zwecken, welche beispielsweise die kriegführenden Parteien gegeneinander verfolgten oder die Nazis an den Juden exekutierten, tritt damit zurück hinter das endlose Knüpfen von Beziehungsketten zwischen lauter „Voraussetzungen“ und deren angeblichen „Wirkungen“.

3. Also sucht der Historiker nach „Bedingungen“, „Triebfedern“ und deren „Auslösern“ -- und findet sie auch noch: Das ist seine Leistung! Aus dem Gebot, die Dinge seien „nur aus ihrer Herkunft zu begreifen“, spricht die methodische Absicht, der völlig beziehungslosen Verknüpfung: „erst ist dies passiert -- dann jenes -- und dann -- und dann...“, einen höheren Stellenwert als den eines schieren Nacheinanders zukommen zu lassen: erklären sollen die Dinge sich aus einem inneren Zusammenhang von Vorher und Nachher. Den Beweis für diesen postulierten Zusammenhang, der in bzw. hinter allem und jedem wirke und für immer und überall Gültigkeit besitze, treten die His-

toriker zuallererst mittels einer Formel an, die so plausibel klingt, wie sie trügerisch ist: ohne Vorher kein Nachher! Immerhin: Wer wollte leugnen, dass es viel Vorher vor den Nachhers gegeben hat? Und -- Wahnsinn! -- jedes Vorher hat seinerseits ein Vorher gehabt, ist also Vorher und Nachher, Bedingung und Bedingtes, zugleich! Wäre unsere Neuzeit ohne das Mittelalter überhaupt möglich gewesen? Allerdings verraten die richtiggehend beschwörende Rhetorik dieser Fragestellungen, die Eindringlichkeit der Ohne-Nicht-Logik (man stelle sich nur vor: ohne Vergangenheit stünden wir echt im Hemd da) und ihre todernst gemeinten Sophistereien (nach dem Kindermuster: was wäre nur aus mir geworden, wenn meine Eltern sich niemals getroffen hätten!?) es fast schon von selbst: die rückwärtige Beschwörung eines Nicht-Ohne gibt nie und nimmer den Schluss her, dann habe umgekehrt auch der Zustand vorher den Zustand nachher notwendig gemacht! Genau darin aber besteht die gedankliche Leistung dieser Wissenschaft. Ihr Geschäft ist es, solcherlei Zusammenhänge einer irgendwie gearteten inneren Notwendigkeit an jedwedem Material zu entdecken: und irgendwie schaffen sie es auch immer, die Dinge in den verschiedensten Kategorien als „geschichtlich bedingte“ dingfest und namhaft zu machen.:

-- Sie entblöden sich nicht, am laufenden Meter pure Voraussetzungen anzuschleppen, ohne die die betreffenden Ereignisse zwar sicherlich so nicht gelaufen wären (ohne Erfindung des Gewehrs hätte Erzherzog Franz Ferdinand nicht erschossen werden können; ohne Eisenbahn hätte Hitler nicht so viele Wahlkreise abklappern, „also“ nicht so viele Leute in so kurzer Zeit „verführen“ können ...) -- mit deren Gegebenheit selbige Tatbestände aber noch lange nicht passieren mussten! Oder seit wann ruft das schiere Vorhandensein eines Mittels einen Zweck ins Leben? Macht aber nichts. Etwas komplizierter ausgedrückt reicht dieser Gedanke für eine Seminararbeit mit dem Titel „Zum Verhältnis von Waffentechnik und kriegerischen Verwicklungen 1903 -- 1918“ oder für eine Promotion über das Thema „Der Fortschritt des modernen Verkehrswesens unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des zentralistischen Verwaltungsstaates zum Totalitarismus“ nämlich allemal aus: nichts leichter als das, die prädierte Beziehunghaftigkeit durch das In-Beziehung-Setzen mittels so unschuldiger Wörtchen wie „und“ und „von“ und „zu“ zu belegen (oder vielleicht sogar wieder zu verwerfen)! Nun will zwar kein Historiker ernsthaft behaupten, der 1. Weltkrieg habe wegen der Erfindung des Schießpulvers stattgefunden und Hitler sei wegen des erweiterten Schienennetzes der Reichsbahn ans Ruder gekommen, aber so ganz ohne eben auch wieder nicht: und so mausert sich ein Fakt immerhin zu einem „Faktor“ der Geschichte -- zu einem unter anderen, versteht sich. -- So nämlich geht das Ideal der historischen Erklärung: für sich genommen soll zwar keiner der „Faktoren“ erklärungsfähig sein, zusammengenommen sollen diese Einzelteile aber so etwas wie ein geschlossenes Bild ergeben, das Einblick in den Gang der Geschichte gewähre. Die Addition von Voraussetzungen pflegt sich für den Historiker klammheimlich zu einer neuen Qualität der Geschichte aufzuschwingen -- zu einer „Lage“, angesichts der der Chronist und sein Publikum schon viel verständlicher finden, dass es kam, wie es gekommen ist. Da erfährt man dann beispielsweise über die „Lage“ vor dem 1. Weltkrieg, dass die internationale Situation dermaßen „verworren“ war, dass die „Spannungen zwischen den Großmächten“ sich letztendlich auf dem Schlachtfeld „entladen“ mussten; oder sie war derart von „Großmachtstreben“ dominiert, dass man „die Lage“ einfach als rundum „kriegsträchtig“ beschreiben muss. Dass die Erklärung eines Ereignisses aus einem Schwangergehen mit sich selbst überhaupt als die respektable Angabe eines Grundes durchgeht, erklärt sich seinerseits nur aus dem verkehrten Bedürfnis, das die Historikerzunft umtreibt: in der festen Absicht, die Notwendigkeit des Eintretens eines Geschehens -- und zwar ganz getrennt von einem Zweck, der selbiges bewerkstelligte! -- beweisen zu wollen, vermittelt sie mit der Diagnose „Kriegsträchtigkeit“ das höchst begriffslose Verständnis, dass ein Krieg wohl auf der Tagesordnung stand -- na dann! Alles, was passierte, gilt somit als Eigenschaft der Zeit, in der es passierte. Subjekte des Krieges sind

damit auch nicht die agierenden Staaten und deren kriegsträchtige Zwecke, sondern ein ominöses Wesen des beginnenden 20. Jahrhunderts, das einen starken „Hang“ zum Militarismus auswies und so der damaligen „Staatenkonstellation“ seinen Stempel aufdrückte ... Ganz so, als sei dieser Krieg so etwas wie eine fix und fertig gebügelte Klamotte, die im Kleiderschrank der Geschichte herumhängt und nur noch darauf warte, dass endlich einer die Tür aufmacht, wendet das Interesse der Geschichtsschreiber sich stets und konsequent der Frage zu, welche Umstände ihn denn ausgelöst haben. Da kennen sie sich aus: das Attentat auf Franz Ferdinand in Sarajewo am 28.6.1914, das seinerseits nur zur „Bedingung“ werden konnte, weil das damalige „internationale Klima“ ein brodelndes Fass war, das nur den berühmten Tropfen brauchte, um es zum Überlaufen zu bringen, was wiederum daher rührte, dass die Staaten sich schon längere Zeit (seit 1823? 1871? 1907?) nicht mehr vertrauen ... So kommt es, dass das Erfinden von Metaphern in der Geschichtswissenschaft als Argument gilt. Die Legenden vom „Ausbruch“, aber auch von der „mutwilligen Entfesselung“ des 1. Weltkriegs, verdanken sich exakt dieser Logik: das Bild, dass ein Krieg ausbricht wie ein Gewitter, wie das Abziehbild, dass die damaligen Staatlenker statt Frieden zu halten mit dem Feuer gespielt haben, sind nichts als vornehme Ausdrücke für die Weigerung, sich überhaupt die Frage vorzulegen, wie und warum Krieg Mittel der „imperialistischen“ Politik ist. -- Die jeweils zitierten „Lagen“ sind ihrerseits auch nicht einfach vom Himmel gefallen, sondern selber nochmals „geschichtlich bedingt“: durch Traditionen, deren Erben es nicht fertig gebracht haben sollen, sich ihnen zu entziehen, weil durch und durch geprägt. Wurde Österreich etwa nicht vom Christentum geprägt; und standen die Bürger vor dem 1. Weltkrieg nicht unter dem Einfluss eines „autoritären Gehorsamsbegriffes“? Mag sein. Nur begründet sich daraus erneut keinerlei Zwangsläufigkeit dessen, was danach kam: wenn das Christentum ein mittlerweile biblisches Alter erreicht hat, und die Untertanen im 19. und 20. Jahrhundert ihren Regenten und Kriegsherren brav gefolgt sind, dann folgt daraus eben bloß, dass offenbar damals wie heute Gründe existier(t)en, welche die Leute Trost in Religion suchen ließen, dass damals wie heute Herrschaftsverhältnisse existier(t)en, welche für ihre Vorhaben reichlich gehorsame Mitmacher benötigten -- aber niemals, dass das Heute wegen des Damals so aussieht, wie es aussieht! Das Christentum hat zwar eine ellenlange Tradition, deswegen existiert es aber heute noch lange nicht wegen der Tradition, sondern wegen eines aktuellen Nutzens für das Heute; Unterwerfung unter die Vorschriften seiner Machthaber mag zwar ebenfalls aus Gewohnheit geschehen, -- nur ist das keine Erklärung, sondern verlangt nach einer: und die kann nur in der Beantwortung der Frage liegen, welchen Nutzen ihres Gehorsams sich die Leute für ihr heutiges Fortkommen einbilden. Dass Beten, Arbeiten und Gehorchen so unwiderstehliche Tätigkeiten seien, weil's „schon immer so“ war, ist zwar ein frommer Spruch, der ebenso unverblümt wie argumentlos auf Nachahmung pocht -- ob er aber befolgt wird, liegt ganz an denen, an die er adressiert ist! Irgendwo logisch: Wird die Tradition akzeptiert, so existiert sie fort; wenn nicht, ist sie alter Käse -- von einer wirkenden Kraft namens „Tradition“ keine Spur!

In all diesen Fällen konstruiert die Geschichtswissenschaft willkürliche Zusammenhänge, behauptet diese als Grund und Folge und entdeckt darin alle möglichen „Motoren“ und „Triebfedern“ der Geschichte: sodann braucht sie ihre Geistersubjekte wie das „Wesen einer Epoche“ oder die „Traditionen des Abendlandes“, die sich in der Chronik der laufenden Ereignisse „niederschlagen“, nur noch so geschickt in ihre Geschichten hineinzuschmuggeln, dass schon beim Erzählen ein Hauch von Folgerichtigkeit entsteht. Und einzig und allein dieses Verfahren ist es, das in die Erzählungen, Berichte und Anekdoten der Geschichtswissenschaft überhaupt erst das Beurteilende, den Schein von Durchblick, hineinbringt. Anders gesagt: Geistige Spannung in ihr Fach bringt die Geschichtswissenschaft durch die hemmungslose Verwendung der Modalverben „können“ und „müssen“!

Insofern ist die Geschichtswissenschaft die reine Anbetung erfolgreicher Gewalt: Das ist ihre Moral! Der Grundsatz, dass eingetreten ist, was aus irgendwelchen höheren Notwendigkeiten eintreten musste, verleiht allem und jedem, was historisch existierte, das Kompliment eines tieferen Existenzrechts, weil und solange es existierte: insofern kann sich jede „historische Kraft“, die sich in einem innenpolitischen Machtkampf oder in einem Krieg durchgesetzt hat und fortan in der Lage ist, einen Haufen Fakten zu setzen, der prinzipiellen Verehrung durch die Geschichtswissenschaft sicher sein. Wer gewonnen hat, hat zu Recht gewonnen; wer verloren hat, hat zu Recht verloren -- und das nicht etwa, weil der Chronist der Zeitenläufe voreingenommene Partei wäre, die einem der Kontrahenten möglichst viel Erfolg an den Hals wünschte, sondern weil „die Bedingungen“ nun mal so waren: die Zeit war reif für den Aufstieg der einen und den Abgang der anderen Macht. So beweist jedes neue Resultat die Zeitgemäßheit des sich Durchsetzenden bzw. die „objektive“ Überholtheit des Abgelösten. Und jeder kennt es, wie sich mittels dieses Verfahrens die Weltgeschichte bis in die Attribute hinein fast schon wie von selbst schreibt. Z.B. das alte Rom: Erst war es blühend, hatte eine hochstehende Kultur, moderne cives, eine imposante Flotte und überzeugende Rhetoriker („ceterum censeo...“), mit denen sich jeder Krieg gewinnen ließ; dann begann der Verfall, die Bürger wurden dekadent, der Kaiser war wahnsinnig, die Schlachten gingen reihenweise verloren, bis das dem Untergang geweihte Riesenreich zu Staub verfiel -- die kursiv gesetzten Worte sind das Argument und ergeben zusammengesetzt einen Sinnspruch, der das gedankliche Kriterium der Geschichtswissenschaft gar trefflich zu charakterisieren vermag: „Wer Erfolg hat in der Zeit, der sei mit Recht gebenedeit! Dem Verlierer aber sagen wir: der Zahn der Zeit, er nagt an Dir!“ (überliefert, nach Tacitus, dem Jüngeren) Nichts belegt diese pure Anbetung der größeren Gewalt besser als das Dogma der historischen Analyse, man brauche Abstand zum Beurteilen und es sei nur von Vorteil, „das Ende zu kennen“ (wieder Nipperdey). Klar wie Erbsensuppe, warum: man muss ja erst abwarten, wer gewinnt -- um sich ein geschichtswissenschaftlich gesichertes (!) Urteil zu bilden! Diese Sorte Urteil grenzt sich von moralischen Alltagskriterien wie „gut“ und „böse“ also insofern ab, als sie „die Sache“ einzig und allein danach einschätzt, ob sie ein „gutes“ oder ein „böses Ende“ genommen hat: das Vorhaben selbst ist ihr demnach sowohl theoretisch als auch moralisch schnurzpiegal. Ob ein Erfolg „verdient“ ist, entscheidet der historische Analytiker nicht nach politischer Sympathie, sondern pragmatisch: jeder Erfolg ist berechtigt, weil eingetreten. Selbst so hässliche Ereignisse wie etwa die russische Revolution, die sich ganz gewiss der intimen Feindschaft westlicher Historiker erfreuen, kommen in den „Genuss“ des Prädikats „historisch notwendig“, denn auch sie sind nun mal passiert ...

Doch gibt es da noch die Kehrseite dieser Logik. Die gehört einerseits sowieso in den Werkzeugkasten des Historikers: Da seine 1001 erschwundenen Notwendigkeiten ja keine Bestimmungen der Sache sind, sondern sich stets aus einem Wenn-Dann-Determinismus begründen, kann er auch mal umgekehrt so tun, als sei „die Geschichte“ tabula rasa (wenn nicht -- wie dann?) und die Frage aufwerfen, wie es sich 44 vor Chr. oder 1914 wohl gefügt hätte, wenn eine oder siebzehn „Bedingungen“ zufällig ausgeblieben wären. Klare Antwort: ganz anders, oder zumindest ein bisschen. Anwendbar ist diese Spekulation auf eine doch bloß relative Notwendigkeit der Ereignisse wiederum auf jedes historische Datum; andererseits aber bietet sie unseren Geschichtsschreibern (welcher politischen Couleur auch immer) die hervorragende Gelegenheit, aus ihrem parteilichen Kopf doch keine Mördergrube machen zu müssen: und so kommen mit Vorliebe die ungeliebten Könige, Führer oder Epochen in den Genuss der unschuldigen Frage, ob das denn wirklich nötig gewesen sei! Wäre Lenin nicht im plombierten Waggon nach Russland gekommen und wären die liberalen Kräfte nicht so zerstritten gewesen ... hätten die Leute sich von dem „Anstreicher“ aus Österreich nicht so

Fortsetzung Seite 4, Spalte 1

FF Geschichtswissenschaft.. von S. 3

blenden lassen und hätten die demokratischen Parteien Weimars mehr Härte gezeigt und hätte Hitler keinen Zweifrontenkrieg geführt... --

dann, ja dann wäre alles ganz anders gekommen und „wir“ hätten die ganze Scheiße nicht am Hals gehabt!

Quelle: 21. Jh., Autor unbekannt.

Wer diese Kritik richtig findet, aber auch wer meint, dass wir der Geschichtswissenschaft hier Unrecht tun, ist eingeladen zur Diskussion:

**Di. 8.11.2005 in der Kneipe Herzog Ullrich  
(Nebenzimmer)  
Tübingen, Ulrich-/Ecke Christophstr.**

### GEGENSTANDPUNKT

#### 3-05 Politische Vierteljahreszeitschrift Europa (VI.)

Krisenhafte Annäherung an die Frage aller Fragen:

„Welches Europa wollen wir eigentlich?“

Amerikas ‚Krieg gegen den Terrorismus‘, Zivilabteilung

Umsturz von oben beim saudi-arabischen Vasallen

Israels Rückzug aus dem Gazastreifen

und die Demokratisierung der Palästinenser

Kampfansage der USA an den nordkoreanischen Diktator

und die Diplomatie der 6er-Gespräche

Ein Stück amerikanische Ordnungspolitik im,

für und gegen den „asiatisch-pazifischen Raum“

Inflation der Wahrheit: Kapitalismus braucht Armut! · Ein gekonnt inszenierter Skandal: Sex & Crime im VW-Betriebsrat ·

Vorzeitige Neuwahlen: Der Kanzler stellt die Machtfrage ·

Die Antwort der Opposition: Führungskraft durch Ehrlichkeit wie noch nie · Das Wahlversprechen des Jahres 2005: Arbeit –

„Sozial ist, was Arbeit schafft.“ · Die Linkspartei: Armut wird

wieder lebenswert in Deutschland! · Stoiber, Schönbohm u.a.

über die Osis, die falsch wählen, also offenbar nicht richtig

ticken: Kein Wahlrecht den Frustrierten! · Gewerkschaftliche

Wahlprüfung: Das Vertrauen der Arbeiter gehört den

staatstragenden Parteien ·

Bild kämpft für Sie! Der Spiegel hetzt für Sie! ·

Europas Diplomatie mit Iran: Deutsch-europäische

Weltfriedenspolitik mit einem erklärten Feind Amerikas

## Mehr?

Dann schau doch mal auf folgende Seiten:

Tübingen: [www.versus-tuebingen.de](http://www.versus-tuebingen.de)

Stuttgart: [www.gegenstandpunkt-s.de](http://www.gegenstandpunkt-s.de)

Freiburg: [www.politischebildung.net](http://www.politischebildung.net)

[www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com)

[www.gegenstandpunkt.freies-radio.de](http://www.gegenstandpunkt.freies-radio.de)

### Jour Fixe

#### in Tübingen und Freiburg

Wer nun Interesse bekommen hat, sich mit einigen

Argumenten näher auseinanderzusetzen, der ist eingeladen, an einem wöchentlichen Diskussionstermin teilzunehmen.

#### Tübingen

Wir treffen uns jeden Dienstag um 19 Uhr im Nebenzimmer der Gaststätte Herzog Ulrich, Ulrich-/Ecke Christophstr.

#### Freiburg

Wir treffen uns jeden Mittwoch um 19.30 Uhr im u-asta-Gebäude in der Belfortstraße 24, schräg gegenüber von der UB.

## Das Programm der Linkspartei: Marktwirtschaft könnte so schön sein

Eine große Koalition will dafür sorgen, dass mit der konsequenten Fortsetzung der „Reformen“ die deutsche Wirtschaft wachsen und „Deutschland wieder Spitze“ werden kann. Die Fortsetzung des als „Agenda 2010“ bekannten Verarmungsprogramms – so weit sind sich CDU und SPD parteiübergreifend einig – ist unabdingbar erforderlich. Die fortschreitende Verarmung der arbeitenden Massen steht fest. Die Linke.PDS hat demgegenüber um Wählerstimmen geworben mit dem Versprechen, für „eine andere Politik“ zu streiten. Aber worin soll sie bestehen, diese andere Politik der Linkspartei? – Hierzu einige kritische Fragen an den Kernforderungen der Linkspartei entlang:

#### „Steigende Einkommen für genügend Kaufkraft und mehr Arbeitsplätze“

Soll es also dabei bleiben, dass es Arbeitsplätze, also Lebensunterhalt für Eigentumslose, nur gibt, wenn die Unternehmen profitabel verkaufen können? Dass es also *mehr* Arbeitsplätze nur geben kann, wenn es ihnen gelingt, ihren Umsatz zu *steigern*? – Wer die Arbeitslosigkeit durch steigende Einkommen bekämpfen will, sollte allerdings bedenken: Steigende Löhne, mit denen sich Lohnarbeiter mehr Waren kaufen könnten, für deren Produktion die Unternehmen vielleicht neue Arbeitsplätze schaffen (sofern sie nicht rationalisieren), sind höhere Kosten: Es ist, als wollte man die Unternehmer dazu auffordern, sich den zusätzlichen Absatz selber abzukaufen. Selbst wenn die Unternehmer darauf eingingen, Löhne zu erhöhen – das einzige Mittel dazu wäre allerdings die Drohung mit der Lahmlegung rentabler Produktionsstätten durch Streik, nicht die Wahl welcher Partei auch immer –, wäre noch lange nicht ausgemacht, dass sie zur Deckung der zusätzlichen Nachfrage nach Konsumgütern mehr Leute einstellen. Bei steigenden (Lohn-)Kosten pflegen Kapitalisten nämlich zu rationalisieren, um die Rentabilität mindestens zu halten – und senken genau dadurch ihre Lohnkosten, also die Massenkaukraft.

#### „Weg mit Hartz IV – keine Sozial- und Rentenkürzungen“

Soll es dabei bleiben, dass der Verdienst der abhängig Arbeitenden – wenn überhaupt – nur fürs täglich Notwendige reicht, nicht aber für den Lebensunterhalt im Alter oder bei Arbeitslosigkeit? Soll die deswegen notwendige Hilfe für Alte und Arbeitslose weiterhin aus Lohnabzügen bei den in Arbeit befindlichen Leuten finanziert werden? – Dann gehört die besondere Armut der Rentner und Sozialfälle aber bestimmungsgemäß zu diesem System. Mehr als 750 € Grundsicherung oder 800 € Rente sind dann wirklich nicht drin und der Druck auf Arbeitslose, Arbeitsstellen zu *jeder* Bedingung antreten zu müssen, ist schon allein dadurch unausweichlich, dass niemand von einer systemverträglichen Grundsicherung leben kann.

#### „Solidarische Krankenversicherung – keine Kopfpauschalen“

Soll weiterhin gelten, dass im Sinne des Unternehmenserfolgs für wenig Geld immer länger und intensiver Leistung erbracht werden muss? Ist das denn nicht der Grund dafür, dass die Kosten des Gesundheitssystems seit Jahrzehnten unaufhaltsam steigen?

Dann wird es dabei bleiben, dass die gesetzlichen Krankenkassen bei sinkenden Einnahmen für immer mehr Krankheitsfälle zu bezahlen haben. Den „Besserverdienenden“ einen Zwangsbeitrag zur Krankenversicherung abzuverlangen, ändert nichts am Krankenstand, sorgt aber dafür, dass die Unternehmer nicht weiter mit den Kosten belastet werden.

#### „Reiche und Unternehmer müssen wieder

#### mehr Steuern zahlen“

Soll es weiterhin so bleiben, dass Unternehmer die Eigentumslosen ausbeuten und dadurch immer reicher und die Armen immer ärmer werden? Und dann möchte die Linkspartei, nachdem sich die Produktion für die Eigentümer gelohnt hat, denen *nachträglich* ein paar Brocken von ihren Gewinnen abzwacken, um die größten Folgen der Plusmacherei kapitalismusverträglich zu verwalten? – Dann gilt aber auch weiterhin, dass die Besteuerung der Unternehmer ihr Maß daran hat, dass die „Attraktivität“ des deutschen Standorts für Investoren darunter nicht leidet, damit den Reichen hierzulande eine höhere Rendite winkt als anderswo.

#### „Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen – wer nicht ausgebildet muss zahlen“

Soll es weiterhin so sein, dass der Lebensunterhalt der Bevölkerungsmehrheit davon abhängt, dass sie irgendeine für das Kapital brauchbare Qualifikation haben? – Dann gilt aber auch weiterhin, dass den Ausgebildeten ihre Lehre nur dann etwas nützt, wenn ihre Qualifikation gerade vom Kapital nachgefragt wird – und dass sich diese Nachfrage entsprechend den Veränderungen im Produktionsprozess dauernd ändert, so dass erworbene Qualifikationen fortwährend entwertet werden. Ein reichliches Angebot an ausgebildeten Arbeitnehmern ist zwar schön für das Kapital, das sich dann aussuchen kann, wie viele es zu *seinen* Lohnbedingungen gerade benutzen will. Genau deswegen ist Qualifikation aber kein Mittel für die Ausgebildeten, einen anständigen Lebensunterhalt zu sicherzustellen. Hilft dagegen eine Ausbildungsplatzabgabe?

#### „Gleiche Rechte und Chancen für alle und mehr Demokratie“

Wie sind denn die „gleichen Rechte und Chancen“ gestrickt, die man hierzulande genießt? Soll es dabei bleiben, dass jeder gleichermaßen darauf verpflichtet ist, mit dem, was er besitzt, zurechtzukommen? – Dann gilt aber auch weiterhin: Der Großteil der Bevölkerung ist vom gesellschaftlichen Reichtum ausgeschlossen ist und muss es als Glück ansehen, wenn er zur Lohnarbeit für die Vermehrung fremden Reichtums herangezogen wird. Denn dann gibt es etwas Schlimmeres, als *ausgebeutet* zu werden: nämlich dass man für die Ausbeutung *nicht* gebraucht wird?

Was jedem Besitzlosen allerdings sicher ist, ist sein Recht auf demokratische Zustimmung. Als Wähler darf er auswählen, von welchem Personal er auf diese Verhältnisse festgelegt wird! Dann sollte man sich allerdings fragen:

- Warum schenkt die Mehrheit dieser Besitzlosen in aller Freiheit in freier Wahl ihr Vertrauen einer der Parteien, die ihr nur versprechen, dass sich ihre Beschäftigung für die Unternehmen mehr lohnt? „Hauptsache Arbeit“ – mehr nicht!?

- Warum ziehen die regelmäßig von der jeweiligen Regierung enttäuschten Eigentumslosen, aus ihrer Enttäuschung immer nur den Schluss, es dann eben mal mit der Opposition zu probieren, die dasselbe verspricht?

Wenn sich jetzt eine Partei zur Wahl stellt, die dem Interesse der abhängig Beschäftigten, der Erwerbslosen und sozial Benachteiligten Gewicht verleihen will und dafür deren Wahlstimmen einfordert – was haben die so Angesprochenen davon? Und warum laufen sie nicht in Scharen zu einer solchen Partei über, sondern lassen sich mehrheitlich die Propaganda einleuchten, dass jeder Abstrich von den „Reformen“ zuallererst ihnen selbst schaden würde?

Über diese Fragen wollen wir diskutieren am:

**Mittwoch, 2. November 2005, 20 Uhr  
Jos-Fritz-Cafe  
Wilhelmstr. 15; Freiburg**